

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
A. Einführung: Polizei und Europa(recht)	15
B. „Europarecht“ und „Europäisches Polizei- und Strafprozessrecht“	19
I. Europarecht	19
II. Europäisches Polizei- und Strafprozessrecht	20
C. Europarat und Europäische Menschenrechtskonvention	22
I. Europarat	22
II. Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK).	25
1. Geltung der EMRK in Deutschland	27
2. Menschenrechte und Grundfreiheiten in der EMRK	30
3. Rechte der EMRK weitgehend im deutschen Recht enthalten	34
a) EMRK-Rechte im GG	34
b) EMRK-Rechte in Bundes- oder Landesgesetzen	37
c) Handlungspflichten in der EMRK und im deutschen Recht.	38
d) Beachtung des nationalen Rechts verhindert in der Regel Verstöße gegen die EMRK	41
4. Ausdrückliche und detailliertere Regelungen in der EMRK, insbesondere zum Recht auf ein faires Verfahren.	42
a) Recht auf ein faires Verfahren	42
b) Spezialfall: Recht auf konfrontative Befragung	48
5. Juristische Wertungsfragen.	55
a) Folter, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung	56
b) Weitere Wertungsfragen.	61
c) Der häufigste Fall in Deutschland: zu lange Gerichtsverfahren.	63
6. EMRK enthält nur Mindeststandards	68
III. Der EGMR und die Bedeutung seiner Rechtsprechung für die Polizei	69
1. Der EGMR	69
2. Bedeutung des EGMR.	72
3. Folgen von festgestellten Verstößen gegen die EMRK.	74
IV. Weitere Konventionen und Abkommen des Europarates.	78

D. Überblick über die Entstehung der Europäischen Union 80

I. Vor dem Vertrag von Lissabon 80

1. Drei Europäische Gemeinschaften 80

2. Europäische Union 82

3. Drei-Säulen-Modell 82

4. Die Rechtsnatur der Europäischen Gemeinschaften 83

5. Die Rechtsnatur der EU, GASP und PJZS 83

II. Die EU nach dem Vertrag von Lissabon 84

1. Aktuelle Rechtsnatur der EU 84

2. GASP und die PJZS 84

3. Weitere Neuerungen durch den Vertrag von Lissabon 85

III. Mitglieder der EU 86

E. Unionsrecht und nationales Recht 88

I. Anwendungsvorrang 88

1. Rechtslage vor dem Vertrag von Lissabon 88

2. Aktuelle Rechtslage 88

II. Nichtanwendungsbefugnis der Exekutive? 90

III. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung,
Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit 94

1. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. 95

2. Subsidiaritätsprinzip 95

3. Verhältnismäßigkeit 96

IV. Übertragung von Hoheitsrechten im GG 96

F. Die EU – Organe und Rechtsetzung 99

I. Einführung 99

II. Organisation der EU 99

1. Europäisches Parlament 101

2. Europäischer Rat 103

3. Rat 104

4. Kommission 104

5. Gerichtshof der Europäischen Union 105

6. Sonstige Organe, Institutionen und Einrichtungen. 108

III. Kompetenzen der EU, Rechtsquellen und Rechtsetzung 108

1. Kompetenzen der EU 108

a) Ausschließliche Zuständigkeiten der EU 109

b) Zwischen der EU und den Mitgliedstaaten geteilte
Zuständigkeiten 109

c) Zuständigkeiten zur Unterstützung, Koordinierung
und Ergänzung von Maßnahmen der Mitgliedstaaten 110

2.	Rechtsquellen	110
a)	Primäres Unionsrecht	110
b)	Sekundäres Unionsrecht	111
3.	Rechtsetzung	113
a)	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	114
b)	Besonderes Gesetzgebungsverfahren.	114
G.	(Grund-)Rechte und Grundfreiheiten in der EU	115
I.	Grundrechte	115
II.	Weitere ausdrückliche Rechte der Unionsbürger(innen)	116
1.	Diskriminierungsverbot	116
2.	Freizügigkeit, Wahlrecht, diplomatischer Schutz, Petitionsrecht	118
III.	Der Binnenmarkt und die Grundfreiheiten	120
1.	Warenverkehrsfreiheit	123
2.	Arbeitnehmerfreizügigkeit	126
3.	Niederlassungsfreiheit	128
4.	Dienstleistungsfreiheit	129
5.	Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit	131
6.	Auswirkungen der Grundfreiheiten auf die Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	131
a)	Auswirkungen auf die Gefahrenabwehr	131
b)	Auswirkungen auf die Verfolgung von Straftaten/ Ordnungswidrigkeiten	135
H.	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	138
I.	Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts.	139
I.	Grundlagen	139
II.	Nationale Souveränität und intensivere Zusammenarbeit	140
III.	Erforderlichkeit und Schwierigkeiten der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit	142
1.	Erforderlichkeit der Zusammenarbeit	142
a)	Ausgleich für den Wegfall der Grenzkontrollen	142
b)	Grenzüberschreitende Gefahren	144
2.	Gemeinsames Ziel: Sicherheit <i>und</i> Freiheit	144
3.	Schwierigkeiten	146
IV.	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit im Überblick	147

J. Polizeiliche Zusammenarbeit in der EU. 149

I. Grundlage: Art. 87, 89 AEUV. 149

II. Europol 150

 1. Grundlagen 150

 a) Europäische Polizeibehörde statt Staatsanwaltschaft 150

 b) Gründung und Ziele von Europol 151

 2. Aufgaben von Europol 154

 a) Europol als Informationszentrale 155

 b) Europol als zentrale Analyseeinheit 156

 c) Informationspflichten von Europol und den Mitgliedstaaten. 157

 d) Gemeinsame Ermittlungsgruppen. 158

 e) Ersuchen um Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen ... 158

 f) Europol als Koordinationsstelle für Ermittlungen und Einsätze 159

 g) Weitere Aufgaben von Europol 159

 3. Nationale Europol-Stellen und Verbindungsbeamte. 160

 a) Nationale Europol-Stellen 160

 b) Verbindungsbeamte 162

III. Schengener Regelwerk 163

 1. Polizeiliche Zusammenarbeit im SDÜ. 165

 a) Zusammenarbeit in den Grenzgebieten 166

 b) Grenzüberschreitende Nacheile 169

 c) Grenzüberschreitende Observation 175

 d) Weitere Regelungen zur grenzüberschreitenden Nacheile und Observation 178

 e) Informationsaustausch. 179

 f) Weitere Regelungen im SDÜ 180

 2. Schengener Informationssystem 180

 3. Der Schengener Grenzkodex 181

IV. Vertrag von Prüm 183

 1. DNA-Profile, daktyloskopische und sonstige Daten 184

 a) Abgleich und Gewinnung von DNA-Profilen 184

 b) Abgleich von daktyloskopischen Daten 186

 c) Abruf von Daten aus Fahrzeugregistern 186

 d) Übermittlung von Informationen bei Großveranstaltungen 187

 2. Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Straftaten 188

 3. Gesichtsbilder 188

 4. Gemeinsame Einsatzformen 188

 5. Polizeiakten. 190

6. Hilfeleistung bei Großereignissen, Katastrophen und schweren Unglücksfällen	190
7. Vermisste Personen und nicht identifizierte menschliche Überreste	191
8. Allgemeine Bestimmungen des PrümV	191
a) Dienstwaffen, Munition, Ausrüstungsgegenstände	191
b) Schutz, Beistand, Haftung und strafrechtliche Verantwortung	192
K. Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	193
I. Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung	193
II. Harmonisierung des Strafverfahrensrechts	193
III. Kriminalprävention	195
IV. Eurojust	196
V. Europäische Staatsanwaltschaft	198
VI. Beispiele für die vertiefte justizielle Zusammenarbeit	201
1. Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren	201
2. Gemeinsame Ermittlungsgruppen	203
3. Weitere Beispiele der Zusammenarbeit in Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren	205
L. Strafrecht	207
I. Mindestvorschriften bei besonders schwerer grenzüberschreitender Kriminalität	209
II. Annexkompetenz zur Angleichung des Strafrechts in bereits harmonisierten Politikbereichen	210
III. Schutz der finanziellen Interessen der EU	211
1. Strafnormen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU	211
2. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung	212
IV. Andere EU-Vorschriften als Strafrechtsnormen im weiteren Sinne	213
V. Einfluss auf das Strafrecht aus anderen EU-Regelungsbereichen	214
M. Überblick über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	217
N. Europäischer Datenschutz	223
I. DSGVO	224
II. DSRL-PSJ	229
III. Anwendungsbereich	231
Stichwortverzeichnis	236